

Signatur: 2026.SR.0006
Geschäftstyp: Interpellation
Erstunterzeichnende: Thomas Glauser (SVP), Alexander Feuz (SVP)
Mitunterzeichnende: Georg Häsler, Lukas Wegmüller, Judith Schenk, Szabolcs Mihályi, Mehmet Özdemir, Fabian Rüfenacht, Salome Mathys, Nicolas Lutz, Michelle Steinemann, Thomas Hofstetter, Chantal Perriard, Ursula Stöckli, Laura Brechbühler, Dominique Hodel, Shasime Osmani, Cemal Özçelik, Bernhard Hess, Ueli Jaisli
Einreichdatum: 15. Januar 2026

Interpellation: Brandschutz und Sicherheit in der Stadt Bern: Was macht die Stadt Bern, was wurde bereits unternommen, welche zukünftigen Pläne bestehen, und welche Lehren wird die Stadt Bern aus der Katastrophe von Crans-Montana ziehen, insbesondere in Bezug auf die Zusammenarbeit von Club- und Restaurantbesitzern, um die Sicherheit in Clubs, Theatern, Kinos und anderen öffentlichen Einrichtungen zu verbessern?

Fragen

Der Gemeinderat wird höflich gebeten, die folgenden Fragen ausführlich zu beantworten:

1. Wie wird die Einhaltung der Brandsicherheitsvorschriften in Club-Lokalen und öffentlichen Einrichtungen wie Theatern und Kinos überprüft? Bitte erläutern Sie, wann die letzten Prüfungen oder Kontrollen in diesen Einrichtungen stattgefunden haben.
2. Zu welchem Zeitpunkt werden in der Regel Brandschutzkontrollen durchgeführt und wie können die entsprechenden Dokumentationen oder Berichte über diese Kontrollen eingesehen werden?
3. Welche konkreten Massnahmen wurden bereits in den letzten Jahren von der Stadt Bern ergriffen, um die Sicherheit in diesen Einrichtungen zu gewährleisten, und welche weiteren Schritte sind in Planung?
4. Welche Schulungsmaßnahmen und Weiterbildungen für das Personal in Club-Lokalen, Theatern und Kinos werden von der Stadt Bern angeboten, um die Sicherheit der Besucher zu erhöhen, und wie häufig werden diese Schulungen aktualisiert?
5. Welche spezifischen Massnahmen wurden, bereits von der Stadt Bern ergriffen, und welche weiteren Schritte sind geplant, um die Brandsicherheit in der Zukunft nachhaltig zu verbessern?

Begründung

Die Katastrophe von Crans Montana hat weit über die betroffene Region hinaus Bestürzung ausgelöst. Was als unbeschwerter Abend begann, endete in einem Ereignis, das viele Menschen erschüttert und eine zentrale Frage in den Vordergrund gerückt hat: Wie sicher sind öffentliche Vergnügungsorte heute wirklich? Auch in der Stadt Bern stellen sich nach solchen Vorfällen berechnete Fragen zur Sicherheit in Club-Lokalen. Clubs sind Orte der Begegnung, der Musik und der Freiheit – sie ziehen vor allem junge Menschen an, die sich dort unbeschwert aufhalten möchten. Gerade deshalb tragen Betreiber, Behörden und Sicherheitsdienste eine besonders große Verantwortung. Brandschutz, Notausgänge, Besucherzahlen, Sicherheitskonzepte und geschultes Personal sind keine Formalitäten, sondern essenzielle Voraussetzungen für den Schutz von Menschenleben. Die Ereignisse von Crans-Montana zeigen, wie schnell sich eine Situation zuspitzen kann, wenn Sicherheitsvorkehrungen unzureichend sind oder nicht konsequent umgesetzt werden. Auch wenn jeder Vorfall individuell betrachtet werden muss, darf dies kein Grund sein, bestehende Konzepte nicht kritisch zu hinterfragen. Die Frage ist nicht, ob Bern unsicher ist, sondern ob alle möglichen Maßnahmen

ausgeschöpft werden, um Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Transparenz spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Bevölkerung hat ein berechtigtes Interesse daran zu wissen, wie regelmäßig Kontrollen durchgeführt werden, welche Auflagen für Club-Lokale gelten und wie im Ernstfall reagiert wird. Ebenso wichtig ist die Sensibilisierung der Gäste selbst: Aufmerksamkeit, Eigenverantwortung und das Wissen um Fluchtwege können im Notfall entscheidend sein. Die Katastrophe von Crans-Montana sollte nicht nur Trauer und Betroffenheit hinterlassen, sondern auch als Mahnung dienen. Sicherheit darf in einer lebendigen Stadt wie Bern kein Nebenthema sein. Nur durch konsequente Prävention, klare Zuständigkeiten und offene Diskussionen kann gewährleistet werden, dass das Nachtleben ein Ort der Freude bleibt – und nicht des Risikos.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.